PB.I-01-219-4

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Jürgen Kurz (KV Mayen-Koblenz)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 219 bis 222:
China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China ~~ein Ende seiner eklatanten~~Aufklärung über seine im Raum stehenden Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und Tibet ~~und zunehmend auch in Hongkong. Es braucht dennoch~~durch einen freien ungehinderten Zugang für die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte.
Wir wollen den konstruktiven Klima-Dialog mit China und wir streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur

Von Zeile 228 bis 233 löschen:
Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert und die Zwangsarbeit beendet~~. Das europäische Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzung – etwa in Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt~~. Wir werden an einer engen europäischen und transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den Bereichen

Begründung

Sollten wir bei der kommenden BTW in die Regierung einziehen, dann werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Außenministerium oder den/die Kanzler*in stellen. Damit übernehmen wir direkt die Verantwortung für die Außenpolitik der BRD. Diplomatie hat aber tatsächlich etwas mit Verhandeln und nicht mit Bestrafen zu tun. Diplomatie ist immer auf der Suche nach Lösungen. Es wird nach gemeinsamen Ansätzen gesucht, anstatt sich in gegenseitigen Meinungen festzufahren. Dazu gehört auch, den anderen nicht mit Argumenten und Forderungen zu überfahren.
Der vorgelegte Programmteil zu China stellt aber Vorwürfe als Fakten dar, die in dieser Form juristisch bis heute nicht bewiesen wurden, und auf dem diplomatischen Parkett unnötig Blockaden erzeugen können.
Deutschland und die Welt haben einen berechtigten Anspruch über die anhaltenden, angeblich eklatanten Menschenrechtsverletzungen informiert zu werden. Solange aber den deutschen Behörden keine eigenen, stichhaltigen Beweise hierzu vorliegen (Drucksache 19/18890 aus 2020: „Die Bundesregierung bemüht sich zudem intensiv darum, dass sich auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und Mitglieder des deutschen Bundestages ein eigenes Bild zu den aus ihrer Sicht ungeklärten Fragen zu der Lage in Xinjiang machen können“), wäre es diplomatisch ungeschickt, sich heute schon fest zu legen. Außenpolitik kann nur bedeuten, Kriege zu verhindern, weltweite Herausforderungen gemeinsam zu lösen, sich gegenseitig zu respektieren und dafür zu sorgen, dass in

Deutschland alle möglichst gesund und nach den Regeln des Grundgesetzes leben können.
Mit der erweiterten Forderung der Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte einen freien, ungehinderten Zugang nach Xinjiang zu ermöglichen werden zwischenstaatliche Verwerfungen, aufgrund einzelner Schuldzuweisungen vermieden, aber das Aufklärungsbedürfnis von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und unabhängigen Menschenrechtsorganisationen trotzdem verfolgt.
Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen für Klimaschutz und den Schutz der Menschenrechte. Um diese beiden Themen nachhaltig verfolgen zu können, wäre es kontraproduktiv den Einstieg in die nächste Bundesregierung mit einer außenpolitisch scharfen Verurteilung Chinas, basierend auf Medienberichten, zu beginnen. Dies könnte, sowohl für die von uns als gefährdet eingestuften Gruppen in China, als auch für die in China aktive deutsche Wirtschaft (ca. 8000 deutsche Unternehmen sind in China tätig) insgesamt, langfristig negative Auswirkungen haben.
Die Passage zum Lieferkettengesetz ist nicht China spezifisch und daher nicht hier extra zu erwähnen. Das Lieferkettengesetz wird zurecht in einem eigenen Kapitel „Lieferkettengesetz europäisch umsetzen“ im Detail behandelt und trifft auf die gesamte Welt zu.

weitere Antragsteller*innen

Hilmar Günther Hermann Heier (KV Frankfurt); Klaus Meurer (KV Mayen-Koblenz); Wolfgang Treis (KV Mayen-Koblenz); Karl Hertkorn (KV Sigmaringen); Dietmar Rieth (KV Südwestpfalz); Jun Ying (KV Darmstadt); Gerhard Stern (KV Mayen-Koblenz); Erich Minderlein (KV Ortenau); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich); Norbert Leimbach (KV Mayen-Koblenz); Ise Thomas (KV Mainz); Andreas Kurz (KV Mayen-Koblenz); Manfred Ostermeier (KV Straubing-Bogen); Christa Zöllner-Haberbosch (KV Biberach); Natascha Lentes (KV Mayen-Koblenz); Aaron Lentes (KV Mayen-Koblenz); Matthias Kaißling (KV Mayen-Koblenz); Ulrike Linhsen (KV Mayen-Koblenz); Thomas Rathjen (KV Biberach)